



Adam Tooze

Zeitenwende oder Polykrise?

Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand

#### **HERAUSGEBERIN**

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

#### *Der Vorstand*

PROF. DR. ULRICH SCHÖLER, VORSITZENDER  
PROF. DR. DIETER DOWE  
PROF. DR. PAULA LUTUM-LENGER

#### **REDAKTION**

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT  
MALTE MAU M.A.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung mit Sitz in Berlin wird aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterliegt der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Hauptgeschäftsstelle	Willy-Brandt-Haus Lübeck	Willy-Brandt-Forum Unkel
Wilhelmstraße 43i	Königstraße 21	Willy-Brandt-Platz 5
D-10117 Berlin	D-23552 Lübeck	D-53572 Unkel

[www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de)

#### **GESTALTUNG**

Pralle Sonne

#### **REALISATION UND DRUCK**

Gieselmann Medienhaus GmbH

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.  
Printed in Germany 2022  
ISSN 1434-6176  
ISBN 978-3-933090-35-5

**Adam Tooze**

#### **Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand**

Willy Brandt Lecture 2022

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
**Heft 36**

**Adam Tooze**, geboren 1967 in London, gilt als einer der führenden Wirtschafts- und Sozialhistoriker sowie *Global Thinker* unserer Zeit. Er lehrt an der Columbia Universität in New York.

## **INHALT**

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	<b>6</b>
<b>Ulrich Schöler</b> Einführung durch den Vorsitzenden des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	<b>8</b>
Willy Brandt Lecture 2022 <b>Adam Tooze</b> Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand	<b>13</b>
Gespräch zwischen Adam Tooze und DIW-Präsident Marcel Fratzscher	<b>33</b>

**WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS**

<b>1913</b>	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
<b>1930</b>	Eintritt in die SPD
<b>1933–1945</b>	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
<b>1936</b>	Illegaler Aufenthalt in Berlin
<b>1945–1947</b>	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
<b>1947</b>	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
<b>1948</b>	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
<b>1949–1957, 1961</b>	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
<b>1950–1971</b>	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
<b>1955–1957</b>	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
<b>1957–1966</b>	Regierender Bürgermeister von Berlin
<b>1964–1987</b>	Vorsitzender der SPD
<b>1966–1969</b>	Bundesaußenminister und Vizekanzler
<b>1969–1992</b>	Mitglied des Deutschen Bundestages
<b>1969–1974</b>	Bundeskanzler

<b>1971</b>	Verleihung des Friedensnobelpreises
<b>1976–1992</b>	Präsident der Sozialistischen Internationale
<b>1977–1983</b>	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
<b>1979–1983</b>	Mitglied des Europäischen Parlaments
<b>1987–1992</b>	Ehenvorsitzender der SPD
<b>1992</b>	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

## ULRICH SCHÖLER

*Einführung durch den Vorsitzenden des Vorstandes  
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Sehr geehrter Herr Professor Tooze!

Sehr geehrter Herr Professor Fratzscher!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde Willy Brandts!

In meiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich zur Willy Brandt Lecture 2022 willkommen heißen.

Wir freuen uns, dass die Lecture nach drei Jahren endlich wieder in Präsenz stattfinden kann.

Ich begrüße unsere Gäste hier im Allianzforum am Pariser Platz – und darüber hinaus die vielen interessierten Zuschauer im Livestream. Zugleich überbringe ich freundliche Grüße und beste Wünsche des Kuratoriumsvorsitzenden unserer Bundesstiftung, Bundestagspräsident a. D. Wolfgang Thierse.

Meine Damen und Herren!

Auch in der Coronakrise hat die Arbeit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nicht stillgestanden. Wir stehen nach wie vor mitten in unserem umfassenden Erinnerungsprogramm an die Kanzlerschaft Brandts vor 50 Jahren. Unsere große Wanderausstellung tourt durch ganz Deutschland, ihr internationales Pendant durch halb Europa. Wir haben neue Formate in der Pandemie-Zeit entwickelt, und dabei hat sich vieles inzwischen in den digitalen Raum verlagert. Livestreams sind heute eine Selbstverständlichkeit – und entsprechend haben sich die Reichweiten unserer Veranstaltungen erhöht.

Für unsere Stiftung gab es aber noch eine weitere bedeutsame Entwicklung:

Zu unserem Willy-Brandt-Haus in Lübeck ist im September vergangenen Jahres eine zweite Außenstelle hinzugekommen. Auf Beschluss des Deutschen Bundestages wurde uns die Verantwortung für den Unterhalt einer Dauerausstellung im Willy-Brandt-Forum Unkel übertragen, wo der große Sozialdemokrat und Staatsmann am 8. Oktober 1992 verstorben ist.

Meine Damen und Herren!

Seit 2008 laden wir für die jährliche Willy Brandt Lecture eine herausragende

Persönlichkeit aus Politik, Wissenschaft oder Kultur ein, um sich den drängendsten Themen unserer Zeit zu widmen.

Die letzte Lecture fand 2020 statt – pandemiebedingt ging das nur digital. Viele werden sich erinnern: Die Schwedin Beatrice Fihn hat sie gehalten, die Direktorin von ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Und ich erinnere heute hier bewusst an den engagierten Vortrag von Frau Fihn – selbstverständlich kann man ihn auf dem YouTube-Kanal unserer Stiftung dauerhaft ansehen.

Ich erinnere an einen Vortrag, der ein eindringlicher Appell zu einer atomaren Abrüstung war.

Beatrice Fihn warnte – ich zitiere sie: „Die Androhung einer atomaren Massentötung ist kein Problem der Vergangenheit. Sie kann jederzeit plötzlich an die Oberfläche kommen und buchstäblich explodieren.“

Seit dem 24. Februar musste ich wiederholt an diese Mahnung und an den Appell von Beatrice Fihn denken. In einer Zeit, in der eine expansive Atommacht zumindest einen möglichen Einsatz nuklearer Waffen andeutet – und auch nicht davor zurückschreckt, das Gelände von Kernkraftwerken zu beschießen.

Ich finde, wir dürfen Beatrice Fihn für ihre Rede dankbar sein.

Meine Damen und Herren!

Begrüßen Sie nun zur Willy Brandt Lecture 2022 einen der führenden Wirtschaftshistoriker – und einige sagen sogar „führenden Globalen Denker“ – unserer Zeit:

Geboren in London, zehn Jahre lang aufgewachsen in Heidelberg, gestern zu uns angereist aus New York, wo er inzwischen an der Columbia Universität lehrt: Herzlich willkommen Herr Professor Adam Tooze in Berlin!

In der internationalen Historiografie in Erscheinung getreten ist Adam Tooze mit seinem Buch „Ökonomie der Zerstörung“. Es gilt heute als Standardwerk für die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. In seinem nächsten Werk „Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916 bis 1931“ nahm er kritisch – und dies war ein neuer Ansatz – die globale Rolle und Verantwortung der USA in der Zwischenkriegszeit in Augenschein. Brillant besprochen wurde auch gleich sein nächstes Buch: „Crashed – Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben“.

Als sich Vorstand und Kuratorium unserer Stiftung im Herbst vergangenes Jahres darauf verständigten, dass wir Adam Tooze gerne als Redner der Willy Brandt Lecture 2022 gewinnen möchten, hatten wir sein frisch erschienenes Werk „Die Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen“ im Auge. Dieses spannende

Buch – auf Deutsch im Beck-Verlag erschienen – erzählt die Geschichte der zwölf Monate vom Januar 2020 bis Januar 2021, von den Schockwellen einer Pandemie, die keinen Kontinent, kein Land und keine Gesellschaft ungeschoren ließ – und bis heute lässt.

Adam Tooze schildert und analysiert nicht nur, wie und warum Staaten und die Volkswirtschaften auf jeweils eigene Weise und am Ende mit sehr unterschiedlichen Resultaten auf das Geschehen reagiert haben. Er betrachtet die Pandemie auch im Kontext der anderen Krisen unserer Zeit – von der andauernden Finanzkrise über die Klimakrise bis hin zur Flüchtlingskrise.

Es ist ein großartiges Buch, das man auch als ein Experiment betrachten könnte – handelt es sich doch gleichsam um eine „Echtzeitgeschichtsschreibung“ – aus dem Geschehen bzw. Fokus der globalen Krise heraus.

Die Corona-Pandemie ließ für uns alle das Normale zur Ausnahme werden, und viele sonst gewohnte Sicherheiten ins Wanken geraten.

Seit dem 24. Februar kommt der Ukrainekrieg hinzu.

Ein Krieg in Europa, den im 21. Jahrhundert niemand mehr für möglich gehalten hätte.

Ein Krieg, der die Globalisierung – und damit zugleich das sogenannte Modell Deutschland – vielleicht noch viel stärker gefährdet bzw. in Frage stellt als die Pandemie, die ja irgendwann mal ein Ende haben wird.

Die Energiekrise, mit der wir konfrontiert sind, ist dabei nur eine Seite der Medaille. Wie zuvor schon durch die Pandemie ist unsere Abhängigkeit auch von vielen anderen importierten Rohstoffen und langen, empfindsamen Lieferketten noch deutlicher zu Tage getreten.

Unsere globalisierte Welt droht wieder in Machtblöcke zu zerfallen. Die für Deutschland so elementar wichtigen Handelsströme verschieben und richten sich, wie es scheint, entlang ideologischer Feldlinien neu aus.

Und dies trifft alles ein Land, Deutschland, dessen Geschäftsmodell wie kaum eines anderen auf weltweitem freien Handel basiert: 20 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung beruhen nach Berechnungen des Ifo-Instituts auf Geschäften mit dem Ausland.

Acht Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab.

Und wie lange kann unser Staat noch – und dabei müssen wir auch die unbewältigten Folgen der Finanzkrise seit 2009 im Auge behalten – wie lange kann sich unser Staat noch, nicht zuletzt im Verbund mit der EU, diesen historischen Herausforderungen finanziell entgegenstemmen? Ohne dass den nachfolgenden

Generationen kaum mehr zumutbare Bürden auferlegt werden?

Unmittelbar nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner vielbeachteten Rede vor dem Deutschen Bundestag eine Zeitenwende proklamiert.

Unser heutiger Redner, Adam Tooze, spricht vielmehr von einer Polykrise: Ukrainekrieg, Flüchtlingskrise, Energie-Notstand, Wirtschaftskrise, verbunden mit der demografischen Krise – Stichwort Fachkräftemangel – dazu Schuldenprobleme, die Klimakrise, Hunger, oder denken wir auch an die Krise der amerikanischen Demokratie.

Diese Aufzählung ließe sich lange fortsetzen.

Adam Tooze definiert eine Polykrise als eine Situation, in der das Ganze gefährlicher ist als die Summe seiner Teile. Und eine solche globale Polykrise, argumentiert er, legt die Machtverhältnisse und Hierarchielinien auf der Welt gnadenlos offen.

Darüber, meine Damen und Herren, werden wir heute Abend mehr erfahren.

Und über die Zukunft des Modell Deutschland.

Daran erinnert werden wir auch, dass es schon in den 1970er Jahren, während der Kanzlerschaft Willy Brandts und später Helmut Schmidts, Polykrisen gab. Und nach den Publikationen und Äußerungen von Adam Tooze hat sich die alte Bundesrepublik, haben sich namentlich Willy Brandt und Helmut Schmidt, wohl gar nicht so schlecht bei der Bewältigung dieser Krisen „geschlagen“.

Meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, mit Professor Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, einen der führenden Experten in Deutschland für das anschließende Gespräch mit Herrn Tooze zu gewinnen.

Haben Sie herzlichen Dank, lieber Herr Fratzscher, dass Sie ohne Zögern zugesagt haben, diese Aufgabe heute Abend zu übernehmen.

Sehr geehrter Herr Tooze: Ich möchte Sie nun bitten, die Willy Brandt Lecture 2022 zu halten.

Vielen Dank!



## WILLY BRANDT LECTURE 2022

**ADAM TOOZE**

### **ZEITENWENDE ODER POLYKRISE? DAS MODELL DEUTSCHLAND AUF DEM PRÜFSTAND**

Haben Sie vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die freundliche Einführung. Dem Mitarbeiterteam der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich für den freundlichen Empfang in Berlin danken. Ich danke Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihr Erscheinen hier im Allianz Forum. Und darüber hinaus begrüße ich unsere Freunde, die heute Abend digital mitmachen.

Es ist wahr: Heute Abend möchte ich meinen Versuch, eine Echtzeit-Historiografie zu entwickeln, fortsetzen und damit den Versuch, die Gegenwart durch das Prisma seiner unmittelbaren Geschichtsschreibung zu lesen. Seit sechs Monaten sehen wir uns mit einer noch nie dagewesenen Krise konfrontiert; ein mittelgroßer konventioneller Krieg in Osteuropa, atomares Säbelrasseln, ein entfesselter Wirtschaftskrieg mit Energie-Embargo. Der gegenwärtige Gaspreis-Schock ist um einiges extremer als die Energiepreis-Schocks von 1973 und 1979. Unterdessen steigt die durchschnittliche Inflation in Europa auf vermutlich über 10 Prozent.

In seinem Versuch, den Ernst der Lage zu erfassen, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar von einer Zeitenwende. Seitdem hält die Diskussion an. Was bedeutet diese Krise für die Berliner Republik? Die Entschlüsselung dieses Diskurses ist mein Anliegen heute Abend. Genauer geht es mir dabei um die Entschlüsselung eines bestimmten Teilaspektes dieses Diskurses, der sich nach meiner Meinung nahtlos anschließt an bestimmte Diskussionsstränge, die uns aus der Historiografie Deutschlands sehr wohl bekannt sind. Es handelt sich um eine Diskussion, die innerhalb und außerhalb Deutschlands intensiv geführt wird. Sehr schnell hat sich die Stimmung mit Blick auf Deutschland im Ausland gewandelt und gewendet in den letzten Monaten. Bundeskanzler Scholz, der in diesen Tagen für die UN-Generalversammlung und weitere Gespräche in Washington D.C. nach Amerika reist, sollte sich darauf gefasst machen. Zu Trumps Zeiten wurden Angela Merkel und die Bundesrepublik unter liberalen Beobachtern noch als Anker des Westens gefeiert. Das ist heute nicht mehr der Fall. Olaf Scholz mag eine Zeitenwende ausgerufen haben, doch gilt Deutschland dieser Tage weit und breit als unsicherer Kantonist. Und dabei geht es nicht, wie noch zu Zeiten von

Trump, um die Höhe der Verteidigungsausgaben. Die Kritik am Modell Deutschland ist tiefgreifender.

Berlin steht in diesem Jahr also nicht nur vor funktionalen Herausforderungen, sondern, wie ich behaupten möchte, sieht sich zumindest auf dem internationalen Parkett mit einer Legitimationskrise konfrontiert. Sucht man für eine Verkörperung dieser Legitimationskrise nach einem Ort, gewissermaßen nach einem Ground Zero dieser Krise, kommt man schnell nach Ludwigshafen – und zwar zur BASF. Dieses Großunternehmen verkörpert geradezu die Widersprüchlichkeit der Erfolgsgeschichte der sogenannten Deutschland AG. An erster Stelle ist die BASF natürlich ein Traditionsunternehmen, einst Mitbegründer der I.G. Farben, leitende Firma in Görings Vierjahresplan – und nicht zuletzt Bauherr in Auschwitz. Der Stammsitz des Unternehmens in Ludwigshafen ist eine Mammut-Industrieanlage. Die BASF rühmt sich, mit 40.000 unmittelbar Beschäftigten weltweit die Nr. 1 in der Chemiebranche zu sein. Natürlich handelt es sich um „gute Jobs“ vor allem in Deutschland – mit gewerkschaftlicher Vertretung sowie Betriebsrat, allem Drum und Dran. Die BASF ist als Investor und Handelspartner im In- und Ausland präsent und geschätzt.

Seit Jahresbeginn gibt es allerdings ein gravierendes Problem: Das BASF-Stammwerk in Ludwigshafen verbraucht sehr viel Erdgas – und dieses Gas kam bisher vor allem aus Russland. Hinzu kommt: Über die Tochterfirma Wintershall ist die BASF in das ganze Gasgeschäft mit Russland verstrickt.

Die BASF ist nicht Objekt der Macht. Das Großunternehmen ist selbst historischer Akteur, verfügt jedoch über Einfluss. Seit den 1990er Jahren pflegte die BASF – unter Beifall aus der Politik – engste Beziehungen zu Gazprom. Die Ludwigshafener sind geradezu ein Symbol für die Verquickung von Geschäft, Macht und Geopolitik. Der Vorstandsvorsitzende, Martin Brudermüller, gilt als richtig „großer Fisch“; regelmäßig trifft man ihn in den obersten Etagen in Berlin.

Was hat es jedoch zur Folge, wenn ein solches Unternehmen in einem autoritären Staat unterwegs ist? Die gern verkündete Devise heißt „Wandel durch Handel“. Doch wer verwandelt wen? Die deutsche Firma das Regime – oder umgekehrt? Diese Frage stellt sich bei der BASF besonders akut, weil das Unternehmen nicht nur in Russland, sondern auch im China-Geschäft tief drinsteckt. Dabei zeigt man sich nicht gerade feinfühlig im Umgang mit dieser delikaten Situation. Zuweilen gewinnt man den Eindruck, dass sich die Unternehmensführung in die Fürsprecher-Rolle für ein „Appeasement“ geradezu hineingesteigert hat.

Als zu Beginn des Ukrainekrieges die Frage intensiv diskutiert wurde, ob

Europa seinen Import von russischem Gas ganz einstellen sollte, machte sich Brudermüller zum Wortführer des Widerstandes. „Zu einer Katastrophe wird es kommen“, verlautbarte der BASF-Boss, „wie seit 1945 nicht mehr.“ Bei Kriegsende vor 77 Jahren war das Unternehmensgelände dem Erdboden gleich gemacht. Als die Financial Times Brudermüller auf sein Statement ansprach, erklärte er, dass ein wenig Übertreibung wohl angebracht sei, da andernfalls die Argumente der „Russland-Kuscher“ und der Boykott-Befürworter das Feld komplett beherrschen würden.

Der Fall BASF sticht besonders hervor. Aber es ließen sich auch andere Unternehmen anführen: Siemens zum Beispiel mit seiner tiefen historischen Verbindung nach Russland, oder die Volkswagen AG, deren vorletzter Chef der Welt erklärte, dass eine Autofirma, die nur in „gefestigten Demokratien“ Fahrzeuge verkaufen wollte, im globalen Wettbewerb „einpacken“ könne; nur wer in China dabei ist, habe eine Zukunft. Für Berlin, im Fahrwasser der sogenannten Zeitenwende, sind solche Stimmen aus der deutschen Unternehmerschaft vermutlich eher peinlich. Angesichts dieses unüberhörbaren Lobbyismus hat die deutsche Regierung einige Mühe, sich des Verdachts zu erwehren, dass ihre eher zurückhaltende Politik in der gegenwärtigen Krise durch unternehmerische Interessen entscheidend mitgeprägt ist.

Die folgende Frage drängt sich geradezu auf und wird in den ausländischen Medien derzeit intensiv diskutiert: Inwieweit steht die deutsche Politik unter dem Primat der Wirtschaft, im Sinne des Kapitals bzw. der Großunternehmen? Doch mittlerweile steht nicht nur die Politik, sondern die gesamte wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Deutschlands unter Verdacht. Sind Deutschlands Export-Rekorde „sauber“? Oder sind sie in Wirklichkeit einem „Doping“ durch billiges russisches Gas zu verdanken? Baut die schöne soziale Marktwirtschaft, dieser deutsche Talisman, auf „dreckigen Deals“ mit dem Kreml? Immer wieder sind solche Beiträge zu lesen. In Amerika würde man sie in Tradition des Muckrakern, des „Dreckschleuder-Journalismus“, einordnen – frei nach dem Motto: „Wir recherchieren mal los. Und irgendwo haben die Burschen bestimmt Dreck am Stecken.“ Das lässt sich sicher nicht ganz von der Hand weisen, zumal in der gegenwärtigen Situation die BASF über eine laute Stimme verfügt. Es mag auch richtig sein, dass lang gepflegte Geschäftsbeziehungen Abhängigkeiten schaffen, die nicht ohne Weiteres wieder abgewickelt werden können.

Anders ausgedrückt, könnte man sagen: Aus Deals entstehen Strukturen, die dann in Pipelines verankert sind.

Angesichts der gegenwärtigen Situation sind die Entscheidungs- und Handlungsspielräume tatsächlich eingeschränkt. Dies wurde in der Erdgas- und Ölboycott-Debatte schmerzlich spürbar. Berlin und Europa sind vor dem entscheidenden Schritt gegen Putin letztlich zurückgeschreckt. Ausschlaggebend dafür war am Ende aber nicht die Bilanz eines Unternehmens wie BASF, sondern die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Gasimport-Stopps: In erster Linie ging es natürlich um den Schutz von Arbeitsplätzen. Als es ernst wurde, wichen weder Berlin noch die anderen europäischen Regierungen, mit Ausnahme Ungarns, von weiteren Sanktionen gegen Russland und der Unterstützung Kiews zurück. Die Entscheidung aber, den Gashahn abzudrehen, blieb in Moskau. Und im Kreml zählen eben nicht die Interessen von Gazprom oder der Oligarchen, sondern allein die von Putin und seiner Sicherheitsberater. Von einem Primat der Wirtschaft kann in Bezug auf die gesamte Krise allenfalls nur sehr begrenzt die Rede sein.

Es ist sicher richtig, dass Deutschland einen zu hohen Teil seines Gasbedarfs aus Russland importiert. Dafür gibt es jedoch eine ganz einfache Erklärung: Deutschen Kunden werden offenbar gute Konditionen bei den Russen geboten. Doch führt dieser Vorteil billiger Energie wirklich dazu, in Deutschland eine besondere Abhängigkeit von Erdgas zu erzeugen? Eher das Gegenteil ist der Fall. Im internationalen Vergleich ist die deutsche Wirtschaft pro Euro Bruttosozialprodukt tendenziell sparsamer im Gasverbrauch als seine Konkurrenten. Wirft man einen Blick auf die regelmäßig veröffentlichten Eurostat-Tabellen, liegt der durchschnittliche Gaspreis in Deutschland nur im Mittelfeld. Und wer würde ernsthaft glauben, dass Exportunternehmen an einem Standort wie Deutschland in erster Linie mit Kostenvorteilen trumpfen könnten? Ausschlaggebende Faktoren sind doch vielmehr deutsche Produktqualität, Firmennamen, und Zuverlässigkeit – alles viel stärker als der Preis. Der deutschen Industrie müssten schon gewaltige Rabatte eingeräumt werden, um die hohen Kosten am Produktionsstandort Deutschland auszugleichen. So geschah es hingegen auf der anderen Seite des Atlantiks, wo die amerikanische Industrie mit gefracktem Erdgas zu Schleuderpreisen geradezu eine „Party“ abgefeiert hat.

Bei genauerem Hinsehen haben wir es also bei dieser „skandalträchtigen“ Kritik am Modell Deutschland weniger mit einer realistischen Gegenwartsanalyse zu tun, als vielmehr mit einer Karikatur – mit einem Stereotyp, einem Melodrama mit „Schurken“ und „Helden“. Sicherlich, ein solches Narrativ kommt im Ausland gut an. Und es ist keineswegs so, dass es keinen Anlass zu Kritik gäbe. Aus gutem

Grund fragt man sich etwa, wie es geschehen konnte, dass Deutschlands Gasimporte aus Russland nach der Krim-Annektion im Jahr 2014 noch weiter gestiegen sind. Über die Diskussion der Gasimport-Abhängigkeit hinaus wird der von Berlin beschlossene Atomausstieg im Ausland weitläufig als Symptom einer irrationalen deutschen Technikfeindschaft zitiert.

Über die Frage der Energiepolitik gelangt man zur Diskussion der deutschen Wirtschaftspolitik als Ganzes. Hier werden Deutschlands Exporterfolge im keynesianischen Sinne als Symptom einer mangelnden Binnennachfrage interpretiert. Auch wenn der deutsche Import in letzter Zeit gestiegen ist, bleibt er für die Kritiker unzureichend. Dies führe zu globalen Ungleichgewichten und zu einer empfindlichen Abhängigkeit von der globalen Wirtschaftssituation bzw. Nachfrage. Wie in der Sicherheitspolitik sei Deutschland in Sachen Globalisierung ein Trittbrettfahrer oder – noch schlimmer – ein „Störenfried“ wie China. Wer diese These ausbuchstabiert haben möchte, dem empfehle ich das Buch „Trade Wars are Class Wars“ meiner beiden Freunde Michael Pettis und Matthew Klein. Sie rücken China und Deutschland in die gleiche Ecke – als destabilisierende Faktoren in der Weltwirtschaft aufgrund ihrer riesigen Handelsüberschüsse. Die Kritik an Deutschland im Hinblick auf die Sicherheitspolitik ist so hinlänglich bekannt, dass ich sie heute Abend kaum wiederholen muss: zu niedrige Verteidigungsausgaben, Restriktion bei Auslandseinsätzen, Waffenexporte nur unter strengen Auflagen.

Mixt man all diese Faktoren und setzt dabei voraus, dass dahinter so etwas wie eine kohärente Strategie steckt, kommt man zu einem ernüchternden Urteil: Deutschland mag eine mustergültige Demokratie sein, aber was dabei an Politik herauskommt, ist kleinkariert und provinziell – so die Kritiker.

Ein noch härteres Urteil bezichtigt Berlin der Hypokrisie, also der Scheinheiligkeit: Gerne rühmt man sich als bester Schüler in der Klasse, macht seine Hausaufgaben, schreibt sich eine erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung zugute, schaut geläutert und modern in die Welt – und trägt im gleichen Augenblick objektiv zu einer Schwächung der Freiheit, der Demokratie und der Solidarität des Westens bei.

Die Fundamentalkritik an der deutschen Wirtschaftspolitik kann bis in die Jahre der Eurokrise zurückverfolgt werden – und um es offen zu sagen: Ich selbst habe dazu beigetragen. Polen beanstandet spätestens seit dem Projekt Nord Stream 1 die deutsche Zusammenarbeit mit Putin. Doch ein geradezu vernichtendes Gesamturteil über die deutsche Politik finden wir, soweit ich es überblicke, zum

ersten Mal Ende 2020, nach Joe Bidens Wahlsieg – in einem wichtigen Moment, in dem aus Washington ein neuer liberaler Wind über das Ende der Merkel-Ära wehte. Der Stein des Anstoßes war der Versuch Berlins im Dezember 2020, mit Rückendeckung aus Paris und Brüssel noch in letzter Minute ein Investment-Paket mit China zu schnüren. Die ausländischen Kritiker gingen damals so weit, Merkels Suche nach einer Einigung mit Beijing mit ihrer DDR-Biografie zu erklären. In den Jahren 2020 und 2021 drehte sich alles um das Verhältnis zu China.

Ein Jahr später, nach Putins Aggression, haben sich die Fronten weiter verhärtet. Noch emphatischer als zuvor ergötzen sich die Medien der Anglosphäre in ihrer Kritik.

Als Zeithistoriker, und hier kommt jetzt der historiografische Punkt, fühlt man sich unweigerlich mit der Frage konfrontiert: Erleben wir hier in Echtzeit die Geburt eines neuen Sonderweg-Narrativs, einen Sonderweg für die Berliner Republik? Es ist nun schon eine Weile her, dass die Sonderwegdebatte die deutsche geschichtswissenschaftliche Diskussion beherrscht hat. Anknüpfend an erste Versuche aus den 1920er und 1930er Jahren, den katastrophalen Weg in den Ersten Weltkrieg aus der illiberalen Entwicklung der deutschen Geschichte unter Bismarck zu erklären, versuchten sich die westdeutschen Koryphäen der Geschichtswissenschaft an einer noch umfassenderen Meistererzählung: Sie sollte den Bogen von der Revolution von 1848 bis zur Stunde Null im Jahre 1945 spannen. Genauer: von der gescheiterten Revolution 1848 bis zur Stunde Null. Die ausgebliebene politische Revolution in Kombination mit der industriellen Modernisierung und der Nationalstaatsbildung bildeten eine schwere Hypothek für die deutsche politische Entwicklung. Die Dynamik der Gründerzeit und des Aufbruchs in die Moderne, so die Argumentation, verkehrten sich in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts in ihr Gegenteil und führten zum katastrophalen „Griff nach der Weltmacht“, zur „Machtergreifung“ 1933 und schließlich in den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust.

Abgesehen von Langläufern wie Hans-Ulrich Wehler gehörte der letzte große Wurf nach diesem Strickmuster vermutlich Daniel Jonah Goldhagen: „Hitlers willige Vollstrecker“. Vielleicht erinnern Sie sich an das Furore um dieses Buch um das Jahr 1996. Diese Debatte erscheint mir heute wie aus einer vergangenen Welt. Sonderweg-Diskursen scheint eigen zu sein, dass sie schillern. Die Verherrlichung Deutschlands als Vorbild kippt innerhalb kürzester Zeit in ihr Gegenteil um. Schadenfreude spielt hier sicher eine Rolle. Die Selbst-Beweihräucherung der Merkel-Ära wurde langsam lästig. Doch auch ernsthaftere, intellektuelle

Motive sind im Spiel. Wie bei den klassischen Sonderweg-Modellen gibt es verschiedene Erklärungsmöglichkeiten oder -ansätze für die vermeintliche Entgleisung der deutschen Politik im 21. Jahrhundert. Man mag dabei auf den Einfluss bedeutender Firmen mit besonderen Industrieinteressen verweisen: BASF, VW, oder Siemens schlüpfen im 21. Jahrhundert damit in die Rolle, die einst den Ruhrbaronen zugewiesen wurde. Aber man kann auch ideengeschichtlich ansetzen und den Schwerpunkt auf eine mangelnde sogenannte „Strategic Culture“ der Bundesrepublik legen. Die Bundesrepublik tut sich, wie es heißt, schwer damit, die „tragischen Erfordernisse“ der Geopolitik zu erfüllen. Das Land sei gewissermaßen im Abstieg begriffen durch seine Weigerung, in diesen bitteren Apfel zu beißen; entweder aus Naivität, oder aus Heuchelei. Dies ist zum Beispiel die These von Bob Kagan.

Unterschiede bei den strategischen Kulturen lassen sich zurückführen auf die spärliche Thinktank-Landschaft der Bundesrepublik – und in der zurückgestauchten Rolle alles Militärischen in der deutschen Öffentlichkeit. Oder man kann unter den Zeichen der Geopolitik auf Deutschlands „verflichte Mittellage“ hindeuten und, wie Hans Kundnani, feststellen, dass Deutschland „für Europa zu groß und für die Welt zu klein ist“. Damit ist die Frage der Hegemonie gestellt. Kann und muss Deutschland, um globales Gewicht zu gewinnen und den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden, auf europäischer Ebene Verantwortung übernehmen? Das wiederum führt zurück auf einen materialistischen Erklärungsansatz, an dieser Stelle jedoch breiter angelegt, als dass man sich bloß auf Unternehmen fixierte: Was zählt, sei weniger der Einfluss unternehmerischer Interessen als vielmehr die fiskalpolitischen Probleme einer überlasteten Demokratie. Berlin habe auf dieses Dilemma mit der Schuldenbremse und der schwarzen Null geantwortet. Aus diesem Grund investiere Deutschland nicht einmal im eigenen Land genug. Was wolle man dann da auf globaler Ebene erwarten? Hegemonie kostet nun einmal Geld.

Die Kritikpunkte werden den meisten Lesern diese Beitrags alle geläufig sein. Sie werden von mehr oder weniger gutwilligen Kritikern vorgetragen und auch weitläufig in Deutschland rezipiert. Und darin liegt eine charakteristische Paradoxie der Sonderwegsdiskussion – eine Fundamentalkritik, die als solche scheinbar von außen kommt und kommen muss, die aber eigentlich von innen kommt und tatsächlich trotz ihrer strukturellen Kritik auf eine positive Rezeption stößt.

Erinnern wir uns: Die Sonderwegdebatte begann bereits in der Zwischenkriegszeit mit Emigranten wie Eckart Kehr, deren Kritik an der nationalen Geschichte



nach dem Krieg in Westdeutschland lautstark aufgegriffen wurde. Auch Willy Brandt rang mit diesen Fragen. Paradox an dem Ganzen ist – und dies hat Brandt erkannt –, dass eine monolithische Sonderwegs-Vorstellung eigentlich eine geschlossene nationale historische Entwicklungslogik voraussetzt, die eine solche Tendenz zur Selbstkritik eigentlich ausschließen müsste. Um es pointiert zu formulieren: In einem Land, das angeblich nur aus „Untertanen“ besteht, dürfte es eine Partei wie die SPD und einen Kanzler Willy Brandt eigentlich gar nicht geben. Aber es gab sie. Daraus ergab sich überhaupt die Möglichkeit der Sonderwegskritik, wie auch die Möglichkeit, in Zukunft die Weichen anders zu stellen.

Kehren wir also zum Beginn dieses Jahres zurück, und nehmen wir die neue Sonderwegskritik nicht wörtlich, sondern als Anstoß, die Welt aus einer anderen Perspektive zu betrachten: Kaum drei Monate im Amt, findet sich ein sozialdemokratischer Kanzler, an der Spitze einer sich progressiv gebenden Dreierkoalition, mit einer einzigartigen Krise konfrontiert. Die Situation gestaltet sich unübersichtlich. Niemand glaubt so recht, dass Russland tatsächlich zu einer Invasion der Ukraine schreiten wird. Gegenüber Kiew gibt man sich zurückhaltend. Vor allem bei den diskutierten Finanzsanktionen gegenüber Russland steht Berlin schon wieder auf der falschen Seite. Stichwort: SWIFT. Nach Beginn der Invasion sieht sich die Bundesregierung erst recht in Erklärungsnot. Die Menschen gehen in Berlin auf die Straße – und am 27. Februar hält Scholz seine Zeitenwende-Rede.

Faszinierend an dieser Rede – aus geschichtsphilosophischer Perspektive, wenn ich so reden darf – ist der „Scholz-Griff“ nach dem Historismus – der klassische Feind jeder sozialwissenschaftlichen Sonderwegsformulierung – zu apologetischen Zwecken. Was sagte der Kanzler genau? „Die Geschichte wird durch Russlands Angriff geteilt. Es bricht eine neue Epoche an, mit neuen Regeln. Die Politik, aber auch neue Regeln der Politik, aber auch der Interpretation des geschichtlichen Verlaufes. Unter diesem neuen Licht erscheint die Realität, wie gesagt, unter neuem Aspekt und wir müssen dementsprechend unsere Sichtweise justieren.“ Diese Argumentation hat zur Folge, dass die Kontinuität mit der Vergangenheit abgebrochen wird. Für Scholz ist das natürlich bequem: Augen nach vorne, Schwamm über die unmittelbare Vergangenheit. Hört man Scholz zu, vergisst man schnell, dass Putins Aggression gegen die Ukraine nicht erst mit dem 24. Februar 2022 begann, sondern schon auf das Jahr 2014 zurückgeht: mit der Annexion der Krim und der Besetzung und Destabilisierung der ukrainischen Souveränität im Donbas. Deutschlands Kritiker dürften kaum erstaunt sein. Natürlich will Berlin nicht über die Vergangenheit reden. Ganz klar: Dies

ist ein taktisches Manöver, und man wird entsprechend darüber urteilen. Aber was Scholz damit ausweicht, ist einer Konfrontation mit der Sonderwegs-Kritik. Was der Kanzler nicht beantwortet, ist die Frage: Sofern Fehler gemacht wurden, waren dies wirklich nur Berlins Fehler? Und sind die Fehler, die von Deutschland begangen wurden, Fehler einer bestimmten deutschen Sorte?

Aber warum sollte man ausweichen?

Ist es nicht ratsamer, diesen Fragen nachzugehen?

Kehren wir daher kurz zu der Kontroverse um die Sonderwegs-Historiographie zurück, vielleicht um einen neuen Anlauf zu nehmen, oder um neue Inspiration zu gewinnen. Nicht zufällig hat sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten von einfachen nationalen Entwicklungsnarrativen – von Geschichten, die mit Martin Luther begannen, über den Alten Fritz und Bismarck bis zu Adolf Hitler – distanziert. Stattdessen argumentiert man ausführlich vor allem mit globalen Problemlagen, durch die man nationale Entwicklungswege vergleichend verfolgt. Die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs betrachtet man zum Beispiel nicht mehr nur für sich, bestimmt allein durch die Dynamik der deutschen Geschichte, sondern sieht sie als Teil der Geschichte der ersten Globalisierungswelle zwischen 1850 und 1914. Gemeint ist damit eine Globalisierung unter dem Vorzeichen des Imperialismus, und vor allem natürlich eine imperiale Struktur, die von anderen Ländern vorgegeben wurde – vor allem durch das britische Weltreich.

Den gleichen Ansatz könnte man auch wählen im Umgang mit der Weimarer Republik. Hier war Detlev Peukert schon in den 1980er Jahren wegweisend: Er holte die Weimarer Republik aus einem rein nationalen deutschen Diskurs heraus und bettete ihre Geschichte in eine breitere Diskussion über die Krisenepochen der klassischen Moderne ein. Ab 1945 ist klar, dass die Geschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der DDR nicht getrennt voneinander geschrieben werden können. Beide deutschen Teilstaaten waren nur eingeschränkt souverän. Hier lag auch der Eklat in Bezug auf die Regierung Brandt-Scheel, die zum ersten Mal einen wirklichen Versuch startete, westdeutsche Autonomie vor allem in der Außenpolitik auszuloten – in Form der Neuen Ostpolitik. Das Gleiche galt gezwungenermaßen in der Wirtschaftspolitik: Anfang der 1970er Jahre brach das Bretton-Woods-System zusammen. Die USA gaben den Goldstandard auf. Diese äußeren Impulse führten zwangsläufig in gewisser Weise zu einer Re-Nationalisierung, und einer Re-Partikularisierung der Geschichte. Ab 1971 besaß die Bundesbank zum ersten Mal die Möglichkeit, einen wirklich anti-inflationären

Sonderweg für Deutschland auszuprobieren. Das Bretton-Woods-System hatte bisher solche nationalen Sonderwege ausgeschlossen.

Der neue Status der Bundesrepublik in den 1970er Jahren, begonnen unter der Kanzlerschaft Willy Brandt und sich manifestierend in einer Neuen Ostpolitik und einer starken D-Mark, führte zu Spannungen in Europa wie auch im transatlantischen Verhältnis: Spannungen, die erst in den 1980er Jahren, unter Helmut Schmidt und später Helmut Kohl, wieder aufgelöst werden konnten. Das Stichwort heißt hier EURO als „Preis“ für die Wiedervereinigung; deutsche Autonomie gebändigt.

Auch unsere gegenwärtige Situation ist nach diesem Muster interpretierbar – und hier findet sich meine zentrale These heute Abend: Was wir gegenwärtig beobachten, ist weder ein isolierter deutscher Sonderweg hin zu einer nationalen Krise (wie man zum Teil aus der englischsprachigen Medienwelt schließen könnte) – noch stehen wir in einer schlagartigen Zeitwende. Im Gegenteil. Wir stehen in einer umfassenden Krise der Globalisierung, die schon vor einiger Zeit begann, nicht erst mit dem 24. Februar, und die sich auf verschiedenen Ebenen entfaltet: global, national und regional. Diese Krise der Globalisierung gestaltet sich heterogen. In ihr überschneiden sich Kriege, geopolitische Spannungen, die Klimakrise, eine Pandemie wie auch massive Spannungen im Weltwirtschaftssystem. Und alle diese Herausforderungen potenzieren sich gegenseitig, so dass tatsächlich der Effekt entsteht, dass das Ganze schlimmer ist als die Folgen der Einzelkrisen für sich alleine betrachtet.

Schon um das Jahr 2015 hat der damalige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, einen Begriff dafür geprägt: Polykrise. Entliehen hat Juncker diesen Begriff von Edgar Morin, einem französischen Theoretiker der Komplexität. Es handelt sich um einen Begriff aus der Komplexitätstheorie, die ihre Wurzeln in den späten 1960er und frühen 1970er Jahre hat. Dies war eine Zeit, in der neuartige Krisen – lagen sie in der Umwelt oder in der Legitimation des etablierten, demokratischen Kapitalismus – erstmals diagnostisch festgehalten wurden. Für Juncker ging es um das Zusammentreffen und Überlappen des syrischen Konflikts (Stichwort Refugees) mit dem Konflikt um die Ukraine, die Krise in der Eurozone, um den Fall Griechenland und dann natürlich um den Brexit und Trump. Man könnte auch sagen: Es ging Juncker um die ganze Vorgeschichte, die durch Scholzes hastige Invokation einer Zeitenwende aus der Welt gezaubert wurde. Doch wenn wir uns mit Juncker auf diese Vorgeschichte einlassen, warum sollten wir 2014/15 Halt machen?

Ganz offensichtlich geht die aktuelle Globalisierungskrise in ihrer komplexen Form, wie wir sie heute kennen, mindestens auf 2008/09 zurück. Russland entfesselte seine Strafexpedition nach Georgien, es gab die Bankenkrise, darüber hinaus scheiterte die Doha-Runde, das neue WTO-Abkommen. Für die globale Handelspolitik war dies ein ganz entscheidender Moment. 2009 kam es in Kopenhagen zum Fiasko der globalen Klimapolitik. Momente der Globalisierung, die in den 1990er Jahren scheinbar ganz unproblematisch und selbstverständlich gewesen waren – seien es geregelte Verhältnisse Russlands mit seinen Nachbarn oder Fortschritte in einer globalen Klimapolitik, und dies alles im Rahmen einer globalen Wirtschaftsordnung – all das wurde auf einmal in Frage gestellt.

Wenn wir die Gegenwart aus diesem Blickwinkel betrachten, sehen wir einen Schiffbruch. Doch zu diesem Schiffbruch kam es nicht plötzlich – und er beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. Und damit komme ich zu meinem letzten Punkt: Die Versäumnisse in der deutschen Energiepolitik im letzten Jahrzehnt sind gravierend, lassen sich jedoch am Ende auf recht generische Probleme zurückführen. Der große Schaden entstand, soweit man heute urteilen kann, aus der Bereitschaft der deutschen Politik, die Unternehmen nach den Gesetzen des Marktes walten zu lassen. Und die Unternehmen gingen daraufhin ihren Geschäften nach, im deutschen Fall eben mit Russland. Blickt man nach Großbritannien oder Frankreich, ging es um Libyen oder eben auch um Russland – nur man interessierte sich mehr für Öl als für Gas. Die Frage der Energiesicherheit wurde in Deutschland nachrangig behandelt, wie auch die Beschleunigung der Energiewende versäumt wurde. Aber dies sind keineswegs ausschließlich deutsche Versäumnisse in dieser, wie man sagen könnte, „Spätphase der neoliberalen Ära“. Blicken wir nach Frankreich. Statt in der gegenwärtigen Energiekrise auf die Funktionsfähigkeit und Liefersicherheit seiner Atommeiler bauen zu können, kämpft das Land – aufgrund versäumter Investitionen des teils staatlichen, teils privatisierten Konzerns EDF – gegenwärtig mit noch höheren Strompreisen als Deutschland. Großbritannien hat es sich schlichtweg gespart, überhaupt Gasspeicher zu bauen. Deutschland verfügt über Gasspeicher – hat sie aber an die Russen verkauft. Und selbst in Amerika, dem Land des Energieüberflusses, hat der Bundesstaat Texas im vergangenen Jahr geschafft, eine Energiekrise hinzulegen, die Europa bislang noch nicht gesehen hat.

Fazit: Im Zeitalter der Polykrise hat die Energiepolitik überall versagt. Planungsstäbe und Märkte sind weltweit überfordert durch sich überlappende Zwänge

und die Schwierigkeit, langfristige Investitionen zu organisieren. Deutschland ist in diesem Fall also keine Ausnahmerecheinung, sondern in vielfältiger Weise Symptom eines umfassenderen Versagens.

Wenn wir die Sonderwegs-Perspektive ablegen, könnte man versucht sein, im Sinne Scholz die Destabilisierung des globalen Energiemarktes als Symptom der Zeitenwende zu lesen. Putin betreibt offensichtlich eine Politik der Destabilisierung. Putins Einfluss auf globale Energiemärkte ist jedoch so stark, weil diese Märkte bereits 2021, im Jahr vor dem Ukrainekrieg, massiv überreizt waren. Und treibender Faktor war damals nicht etwa Russland und sein Mächtenspiel in der Ukraine, sondern China mit seiner sehr schnellen wirtschaftlichen Erholung vom Covid-Schock des Jahres 2020. Die Folge war, dass China selbst eine Energiekrise erlitt und in der Not auf den LNG-Markt zurückgriff, auf dem es zum ersten Mal Japan als Kunden überholte. Der LNG-Markt konnte jedoch diese massive zusätzliche Nachfrage nicht verkraften, weil es so etwas wie einen „geschlossenen globalen Gasmarkt“ einfach nicht gibt. Wie ist das möglich? Weil in Russland alle Pipelines in Richtung Westen laufen – und eben nicht nach China. Und es ist möglich, weil in Amerika, am Golf von Mexiko, schlichtweg ausreichende Kapazitäten in Verflüssigungsanlagen für das überreichlich zur Verfügung stehende Fracking-Gas fehlen. Angesichts der derzeitigen Preise ist eine solche mangelnde Vorausschau bei den Investitionen einfach unverständlich. Sofort denkt man an ein Versagen der Politik. Aber das ist ein Kurzschluss. Die Antwort findet sich beim Blick auf die Entwicklung der Gas- und Ölpreise seit 2014. Seit dem Einbruch 2014 bei den Preisen für Öl und Gas, als das Fracking sich zum ersten Mal wirklich in der globalen Energiebilanz niederschlug, erlebte die Öl- und Gas-Branche eine tiefe Krise. Die Investitionen, die zur Integration des globalen Gasmarktes nötig wären, blieben aus, weil es sich zu diesen Preisen einfach nicht lohnte.

Zur gleichen Zeit, und das ist in der gegenwärtigen Lage nun ein Verhängnis, wurde es für Länder wie Pakistan und Bangladesch, die am untersten Ende der Weltwirtschaftshierarchie stehen, auf einmal gangbar und erschien sogar zukunftssträchtig, ihr Energiebedürfnis aus importiertem LNG zu decken – eben, weil Flüssiggas so überreichlich vorhanden war und man überall nach Absatz suchte. Zieht die globale Nachfrage (und das begann schon 2021) wieder an, und noch dazu so massiv, geraten die weltärmsten Konsumenten ins Hintertreffen. Und so etwas schlägt weltweit Krisenwellen. Gerade war in Sri Lanka zu beobachten, wie aufgrund durch die Decke schießender Preise für Benzin und Diesel die Legitimität einer Regierung verloren geht.

Was der Markt mit einem ausreichenden Angebot also nicht ausgleichen kann, muss über die Politik – und das heißt am Ende über die Staatskassen – wettgemacht werden. Hier liegt das strukturelle Problem, mit dem wir im Moment konfrontiert sind. Es ist eine Frage, die weltweit im Raum steht, nicht nur in Deutschland und in Europa, sondern tatsächlich global: Was soll geschehen angesichts des Öl-, Gas-, Dollar- und Zins-Schocks? Für die Schwellen- und Entwicklungsländer sind diese Fragen besonders essentiell.

Die Ölpreise steigen, die Gaspreise steigen, Schiffe mit LNG-Ladungen sind praktisch nicht mehr zu bekommen. Der Dollar steigt, was zur Folge hat, dass die Bürde aller in Dollar berechneten Schulden steigt – und die amerikanische Zentralbank zieht die Zinsen noch weiter an. Wie werden die Schwellen- und Entwicklungsländer in diesem Perfect Storm über die Runden kommen? Wir brauchen eine neue Finanzarchitektur, die einer multipolaren Welt angepasst ist, in der der Pariser Club der G7-Länder nicht mehr die Hauptkreditgeber sind, sondern vor allem der private Kapitalmarkt und neue Kreditgeber wie China.

Im Moment stehen wir in Europa in einem geradezu verzweiferten Stadium des Experimentierens. Wir sprachen eingangs über das Schreiben der Historiografie in Echtzeit – und es ist tatsächlich der Fall, dass Entscheidungen, die in diesen Wochen im Herbst 2022 getroffen werden, in der darauffolgenden Woche den Fortgang der Geschichte ganz grundlegend prägen können. Verschiedene Stabilisierungs- bzw. Subventionsmodelle, in abweichenden Varianten, werden derzeit in Europa ausprobiert. Aber eines ist klar: Bei den Kosten kommen wir auf makroökonomisch relevante Größen. Für Deutschland z. B. addiert man alle bisher getätigten Stützungsaktionen für Konsumenten (das finanzielle Bailout von Energiefirmen ausgenommen), erreicht man einen Subventionsbetrag, der ungefähr 2,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2021 entspricht. Und damit steht man erst am Anfang. Die Vorschläge der neuen britischen Regierung belaufen sich locker auf 5 Prozent.

Gern besinnt man sich in solchen Momenten auf den österreichischen Ökonom Joseph Schumpeter, der in seinem berühmten Aufsatz zur „Krise des Steuerstaates“ sinngemäß bemerkte: „Welches Geistes Kind ein Volk ist, auf welcher Kulturstufe es steht, wie eine soziale Struktur aussieht, was seine Politik für Unternehmungen vorbereiten mag, das und vieles andere, steht Phrasen bereinigt darin, also mit absoluter Klarheit. Wer ihre Botschaft zu hören versteht, die Botschaft, die sich aus diesen Finanzbilanzen herauslesen lässt, der hört da deutlicher als irgendwo den Donner der Weltgeschichte.“

In jedem Fall dürfte klar sein, dass es gegenwärtig donnert. Wie wird die Politik reagieren?

In Sachen öffentliche Finanzen hat Deutschland seit 2009 mit der Schuldenbremse versucht, einen Strich zu ziehen. Und oft wird das nach dem Sonderweg-Strickmuster interpretiert, angefangen mit der Doppelbedeutung des Wortes „Schuld“. Aber auch hier ist es abwegig, einen lang vorbestimmten Sonderweg zu vermuten. Der Ausgangspunkt dabei war ja gerade, dass Deutschlands Schuldenstand Anfang der 2000er Jahre typisch war, nämlich typisch schlecht. Oder man könnte auch sagen: einfach nur gewöhnlich schlecht, vor allem auf Länderebene und im Bereich der Kommunen. Die erste Große Koalition Merkels reagierte darauf mit einer Schuldenregelung, die zwar krude, aber auch nicht besonders ausgefallen war; zum Teil hatte man sich als Vorbild bei den Schweizern bedient. Solche Regeln gibt es weltweit in vielen föderalen Systemen. Austerität ist auch keineswegs eine deutsche Erfindung; man einigte sich bei der G20 im Jahre 2010 darauf. Der Unterschied liegt darin, dass Deutschland ausgerechnet in dieser Zeit mit einem Bruch mit seiner eigenen Geschichte zum ersten Mal wirklich Ernst gemacht hat.

Die Bundesrepublik hatte es dank des niedrigen Zinsniveaus für deutsche Anleihen und der relativ schnellen Erholung von der Eurokrise selbstverständlich leichter als andere Länder. Wie lange diese Finanzpolitik noch durchzuhalten war, steht in den Sternen. Die Verwerfungen und Spannungen, die durch sie erzeugt wurden, sind hinlänglich bekannt – innerhalb Deutschlands wie auch auf dem europäischen Parkett. Dann brach 2020 Covid aus, und wir standen vor einer noch nie dagewesenen Situation. Rasch wurde klar, dass massive Maßnahmen nötig sein würden, um mit den Folgen der Pandemie klarzukommen – und das würde alles sehr viel Geld kosten. Und sofort landeten wir wieder bei der klassischen europäischen Frage: Auf wessen Schultern sollte man diese Lasten verteilen? Das wiederum ist für die historiografische Einordnung unserer Gegenwart wichtig. Zunächst sah es im Frühling 2020 nach einer klassischen Wiederholung des Grabenkrieges von 2010 bis 2012 aus, also der Zeit der Eurokrise. Frankreich, Italien und Spanien forderten „Corona-Bonds“. Angela Merkel war dafür nicht zu gewinnen – hatte sie so etwas doch öffentlich ausgeschlossen, so lange sie lebt.

Damit war der Boden für eine neue europäische Katastrophe mit Deutschland als Angelpunkt gesät – und im Frühjahr 2020 ging es dann auch hoch her. Rasch ist man geneigt zu vergessen, wie dicht Europa damals am Abgrund stand. Die Kritik an Berlin verschärfte sich. Doch dann geschah zum Erstaunen der meisten

Beobachter etwas: Die unausweichlich erscheinende Katastrophe für Europa blieb aus, und es kam zu einer „Erlösung“. Berlin rückte von seinem „ruinösen Veto“ ab und sagte „Ja“ zu einer europäischen Schuldenaufnahme in Höhe von zig 100 Milliarden Euros. Die Geschichte wiederholte sich eben nicht. In diesem Zusammenhang kam es zu einem geradezu prosaischen Moment: In einer Video-Konferenz kündigten Macron und Merkel glücklich an, dass sich Berlin und Paris – natürlich u. a. unter Mitwirkung des heutigen Kanzlers und seines französischen Amtskollegen Bruno Le Maire – auf eine neue Zukunft geeinigt hätten.

Die Geschichte der Eurokrise solle sich also nicht wiederholen. Aber welches neue Narrativ sich nun eröffnete, darüber war man sich gar nicht einig. Berlin tröstete sich mit der Vorstellung, dass damit kein Präzedenzfall geschaffen würde, sondern es bei einer Ausnahme bleibt. Die Italiener, Spanier und Franzosen sahen das natürlich anders. Diese „Constructive Ambiguity“ war zwar eine Hypothek. Aber was zählte waren die konstruktiven Möglichkeiten, die nun offenstanden. Wichtig war im Augenblick einzig und allein, dass man zu einer Einigung kam und Europa diese Krise überstand.

Der Kontrast zur gegenwärtigen politischen Verlegenheit Berlins fällt frappierend aus. Blickt man zurück: Amerika versank im Sommer 2020 in einer Krise, die wirklich als eine existenzielle Krise des amerikanischen Staatswesens zu bewerten ist; und diese Krise ist beileibe nicht vorbei. Im COVID-Sommer zeigte Europa plötzlich Führungsstärke. Und Deutschland zeigte sich nicht nur kooperativ, sondern beispielgebend. Das Modell Kurzarbeit machte Schule – ein Modell, als dessen Vater Olaf Scholz gefeiert wird. Soziale Marktwirtschaft nach deutschem Zuschnitt war auf einmal angesagt. In Brooklyn und in anderen coolen Orten in der Anglosphäre studierte man auf einmal enthusiastisch das deutsche Modell. Sehr genau beobachtete man die Bundestagswahl 2021 – und im Ergebnis eine neue Regierung, die wie einst Rot-Grün in den 1990er Jahren versprach, den Reformstau in Deutschland auflösen. Und im gleichen Atemzug nahm man die Schattenseiten der neueren deutschen Geschichte, auch die seiner Erfolgsgeschichte, ins Visier. Hartz IV war passé. Gefragt waren mehr Sicherheit, mehr Europa, und endlich Ernst machen mit der Energiewende. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es gerade diese Ampelkoalition ist, die sich in den letzten Monaten eine Fundamentalkritik am deutschen Modell gefallen lassen musste.

Antworten auf die aktuell enormen Herausforderungen zu geben, schien mir das Anliegen von Bundeskanzler Scholz in seiner kürzlich gehaltenen Rede an der Universität in Prag gewesen zu sein.

In dieser Rede treibt jedoch Olaf Scholz seine „geschichtsphilosophische Akrobatik“ auf die Spitze. Im Zeichen der von ihm deklarierten Zeitenwende gibt Scholz eine Antwort auf Emmanuel Macrons Rede an der Sorbonne zur Zukunft Europas – ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass seit dieser Rede fast fünf ereignisreiche Jahre vergangen sind. Für Paris ist dieser Zeitsprung eigentlich eine Zumutung. Was aber Scholz positiv bewirkt hat, wird gerade durch einen Vergleich mit der Position der Bundesregierung noch im Jahr 2020 klar: Damals glaubte man trotz weltweiter Corona-Krise noch, zwischen Normalität und Ausnahme unterscheiden zu können. Man beharrte geradezu darauf, dass „NextGen EU“ eine Ausnahme war. Dies war zumindest die Berliner Interpretation, die auch mit Blick auf das Bundesverfassungsgericht von großer Bedeutung ist. Jetzt, angesichts des Krieges in der Ukraine, rückt Scholz von dieser Weltsicht ab. Eine neue Zeit ist angebrochen, es gelten neue Regeln. Historisch betrachtet mag dies zwar inkohärent erscheinen – trotzdem bedeutet es einen großen politischen Schritt nach vorn, ja geradezu einen Befreiungsschlag im geschichtlichen Rahmen des Politikverständnisses der deutschen Regierung. Überdies gab Scholz in Prag wichtige Impulse zur Osterweiterung der EU, zur europäischen Verfassungsfrage, zur Sicherheits- und Industriepolitik, aber auch zur Finanzverfassung. Der Kanzler sprach von einem neuen Schuldenmodell. Er erwähnte das von ihm stark unterstützte SURE-Programm einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung – und natürlich auch das deutsche Kurzarbeitsmodell, das ihm genauso am Herzen liegt.

Worauf der Kanzler in seiner Prager Rede jedoch nicht einging, sind die Vorschläge, die der Internationale Währungsfonds kürzlich zur Debatte gestellt hat. Der IWF hat sich der Frage der künftigen europäischen Finanzen angenommen – und dabei kein Blatt vor den Mund genommen: Europa brauche in der gegenwärtigen Krise, angesichts der enormen und noch immer weiter steigenden finanziellen Herausforderungen (sie bewegen sich mittlerweile im einstelligen Bruttosozialbereich), eine gemeinsame Fiskalkapazität: Das heißt die Möglichkeit für Brüssel, in größeren Mengen Anleihen zu vergeben und damit die nationalen Haushalte zu entlasten. Solche Maßnahmen kann man auf verschiedene Weise begründen: mit einer langfristigen Industriepolitik, im investiven Bereich, mit der „Energy Transition“, oder eben mit dem gegenwärtigen Krieg. Egal welches Argument herhält: Das Vereinte Europa braucht eine gemeinsame Fiskalkapazität.

Dieses Thema ist keineswegs neu. Diskutiert wird es in akuter Form schon seit mehr als zehn Jahren. Das Pandemie-Jahr 2020 sollte schließlich den Weg

bereiten. Im Jahr 2022 ist nun der Moment gekommen, das Versprechen einer deklarierten Zeitwenden einzulösen und nicht mehr – wie als Alibi – von Ausnahmesituationen zu sprechen, sondern mit der neuen Realität Ernst zu machen. Angesichts der Herausforderungen, die auf die EZB zukommen, ist es noch wichtiger, dass sich die Politik der Schuldenproblematik annimmt, dass sie offen damit umgeht und eine Lösung sucht. Wird dies versäumt, werden die Zentralbanker zur Not gezwungen sein, juristische Klimmzüge zu ergreifen, um den Euro zu retten, und das heißt am Ende, Italien zu stützen.

Eine gemeinsame europäische Schuldenregelung – da muss man sich keine Illusionen machen – wird in Deutschland zu einem nationalen politischen Drama hochgespielt werden. Doch an diesem Schritt führt kein Weg vorbei, und das wird auch die Reaktion der Märkte sein. An diesem Punkt wird sich zeigen, ob Berlin das Donnern der Weltgeschichte tatsächlich vernommen hat oder nicht.

Deutschland und Europa stehen vor einer Herausforderung, die zwar groß ist, die aber in ihrer Radikalität uns nicht überraschen sollte. Schon im Herbst 1992, buchstäblich von seinem Todeslager, diktierte Willy Brandt einen letzten Aufruf an die Sozialistische Internationale – und er endete mit den folgenden wahrhaftigen Worten: „Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten, zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer. Darum besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Die Herausforderung, die Willy Brandt den Genossen damals stellte, ist auch noch unsere: auf der Höhe der Zeit zu sein.

Nun mag man sich daran erinnern, dass im Bundeswahlkampf 2021 einer der heutigen Ampelkoalitionspartner eine Regierung auf Augenhöhe mit der Zeit versprach; und das war nicht die SPD. Die Formel ist aber die Richtige. In der Tat ist es eine große Herausforderung, gegenwärtig auf der Höhe der Zeit zu sein. Zu Zeiten der Polykrise ist es die Herausforderung. Begonnen auf der persönlichen Ebene, bis in den öffentlichen bzw. politischen Raum hinein.

Dazu bedarf es nach meiner Überzeugung zuguterletzt Inspiration. Und vielleicht können wir eine solche Inspiration finden in der Umwandlung bzw. Anwendung eines anderen Zitats von Willy Brandt aus seiner ersten Regierungserklärung im Oktober 1969: Ich spreche von seiner Aufforderung – oder Einladung an seine Mitbürger – mehr Demokratie zu wagen.

Was könnte das in diesen sicher härteren und viel nüchternen Zeiten heißen? Mehr Demokratie zu wagen ist bestimmt in sich ein hehres Ziel. Denken wir aber

an den Elder Statesman Willy Brandt im Jahr 1992, wenige Wochen vor seinem Tod, muss es uns, davon bin ich fest überzeugt, um etwas Fundamentaleres gehen.

Worum es uns gehen muss, ist mehr Realität.

Mehr Realität wagen scheint mir daher die Devise unserer Zeit zu sein.

Ich danke Ihnen.



## GESPRÄCH ZWISCHEN ADAM TOOZE UND DIW-PRÄSIDENT MARCEL FRATZSCHER

**MF:** Ganz herzlichen Dank, Adam, für diese beeindruckende Willy Brandt Lecture. Ich möchte vorschlagen, dass wir den Versuch machen, in die Zukunft zu schauen. Was bedeutet die Zeitenwende? Wie können wir die Lehren aus der Vergangenheit auf die Zukunft anwenden? Was steht uns bevor? Und wie müssen wir uns ändern in Deutschland und Europa, um den Herausforderungen gerecht zu werden? Aber zunächst vielleicht eine Einstiegsfrage zum generellen Verständnis: Du hast über den deutschen Sonderweg gesprochen und uns Deutschen letztlich einen Spiegel vorgehalten. Ich frage mich: „Was macht uns Deutsche eigentlich anders? Wie und warum handeln wir anders?“ Woher kommen die Werte und Prinzipien, die uns Deutsche leiten?

Ein Thema, das uns Deutsche besonders umtreibt, ist Sparen und Schulden, unser Umgang mit dem Geld. Und es gibt, glaube ich, kaum eine Gesellschaft, in der die Menschen so viel Angst vor Inflation haben; zu Recht ein großes Thema im Augenblick. Und diese Angst treibt uns um, obwohl es in den letzten 70 Jahren eigentlich kein Land in der Welt gab, das eine geringere und stabilere Inflation hatte als wir hier in Deutschland. Aber dann gab es ja die Hyperinflation von 1923. Da erinnert sich zumindest heute zwar niemand mehr dran. Trotzdem ist die Angst vor Inflation ganz tief verankert – und damit zugleich die Mentalität zu sparen. In der deutschen Sprache ist das Wort „Schulden“ ja schon an sich moralisch aufgeladen, eben durch die Verbindung mit „Schuld“. Wie beurteilst du das? Du hast auch über die Leistungsbilanz und Handelsüberschüsse gesprochen, letztlich auch eine Ersparnis. Tatsache ist: Die Deutschen sparen mehr als der Rest der Welt. Was ist daran falsch? Und sollten nicht alle anderen eingestellt sein wie wir?

**AT:** Ich bin ein bisschen hin- und hergerissen, weil der Ansatz in meiner heutigen Lecture ja Sonderwegs-kritisch ist. Aber ich will das in dieser Form nicht stehen lassen, was nicht heißen soll, dass es keine Besonderheiten gäbe. Die Frage ist nur, wie hoch man das aufhängt und wie man diese Besonderheiten erklärt – und ob man daraus eine holistische Gesamtsicht eines Landes und seiner Gesellschaft macht, oder ob man einfach nur nüchtern verschiedene Phasen erkennt, in verschiedenen Sektoren, die zugleich stark mitbedingt sind durch äußere Umstände, sicher auch durch Komplexe dieser Art, ja zum Teil auch

durch kulturelle Komplexe. Ich spreche also nicht von einer „strukturellen Pfadabhängigkeit“, sondern davon, dass in gewisser Weise gewählte Pfade immer wieder reproduziert werden. Ein Ansatz in diesem Zusammenhang ist die Idee der „Invented Traditions“, aus der britischen Sozialgeschichte: Die kritische Sozialgeschichte kam auf und wollte die nicht weniger „sonderartige Entwicklung Großbritanniens infrage stellen – dieses ganze Gerüst aus sogenannten Traditionen, das da aufgebaut wurde: die Monarchie, oder so etwas wie „Tradition“ der Oxford und Cambridge Colleges. Bei näherer Betrachtung stellt sich das alles als ganz jung und buchstäblich erfunden heraus.

Aber zurück zur Eingangsfrage: Wie in meiner Rede ausgeführt, machte sich die Deutsche Bundesbank in den 1970er Jahren die Stabilität der D-Mark zum Programm. Und es gibt sicher gute Gründe, sich über Inflation zu sorgen. Deutschland hat in seiner Geschichte zwei massive Geldentwertungen durchgemacht – und das hinterlässt natürlich Spuren. Aber diese Aktualisierung, diese Re-Aktualisierung, ist ein politischer Effekt, der ganz bewusst auch manipulativ eingesetzt wird. Man gerät dann leicht in diese alternative Position, die zu voluntaristisch, zu intentional ist. Aber die Realität liegt offensichtlich dazwischen, und zum Teil sind es sehr subtile Effekte, in die man hineingerät. Nehmen wir als frappierendes Beispiel die ungeheure Schwierigkeit, den Menschen vor allem im deutschsprachigen Raum die Realitäten der italienischen Finanzpositionen darzulegen. Und ich habe das mehrfach erlebt, in gewisser Weise als behavioristisches Experiment: Man legt in einem Vortrag dem deutschen Publikum die Primärbilanz des italienischen Staates vor, die klar zeigt, dass niemand in Europa mehr Austerität betrieben hat als Italien, und das nicht nur für die letzten zehn Jahre, sondern für die letzten 25 Jahre. Und dann stellt man fest: Sobald die PowerPoint-Präsentation abgestellt ist, zwei oder drei Minuten später, sind wir wieder bei der alten Story, dass die Italiener einfach nur mit dem Geld prassen usw. Das sind wirklich schwer zu analysierende Kommunikationsgeflechte, die in die Welt gesetzt worden sind. Diese Dinge sitzen sehr tief und sind umlagert von sehr wichtigen Gruppen, die an diesem Narrativ auch ein Interesse haben.

**MF:** Ich will ein bisschen den *Advocatus Diaboli* spielen: Eine häufige Antwort lautet: „Aber seht doch: Der Erfolg gibt Deutschland recht.“ Häufig wird dann von einem beeindruckenden Wirtschaftswunder gesprochen, und da ist ja auch etwas dran: Ein Land, das in jeglicher Hinsicht am Boden lag und alles neu aufbauen musste, hat einen so großen Erfolg vorzuweisen. Aber hier wollen wir ja auf die

Gegenwart und in die Zukunft schauen, und da ist es natürlich gefährlich, wenn man argumentiert: „Die Vergangenheit ist so gut, wir wollen am Alten festhalten!“ In deinen Veröffentlichungen und auch in der heutigen Lecture sprichst du ja von einer Polykrise. Und die große Frage bleibt bestehen: Wie müssen wir uns verändern, um die aktuellen und künftigen Krisen erfolgreich bewältigen zu können? Und ich will als ersten Aspekt über das politische System, über den Gesellschaftsvertrag sprechen. Wir sehen Länder wie China, die mit breiter Brust dastehen und posaunen: „Wir haben ein besseres Modell als die liberale Demokratie. Wir haben ein besseres Modell als die soziale Marktwirtschaft.“ Und dabei war die soziale Marktwirtschaft doch sicher ein wichtiger Grund für den deutschen Erfolg in den zurückliegenden 70 Jahren. Francis Fukuyama hat 1989 das „Ende der Geschichte“ propagiert; andere haben sich seiner Sichtweise angeschlossen: Das politische Modell der liberalen Demokratie, die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, hätten sich durchgesetzt und seien für immer und ewig „gesetzt“. Wie stehst du zu dieser Position? Und: Müssen wir unseren Gesellschaftsvertrag ändern? Wie können wir in der Zukunft diese enormen Krisen bewerkstelligen, und wie können wir in dem großen Systemwettbewerb mit China und anderen Autokratien mithalten?

**AT:** Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Aber gewiss gilt: Realismus ist die Voraussetzung. Realismus über die Herausforderungen und auch über die eigenen Stärken und Schwächen. Realismus auch im Hinblick auf die starke Kritik. Die gegenwärtige Kritik am deutschen Modell halte ich für massiv überzogen. Sie befriedigt wohl irgendwelche Impulse bei den Briten und Amerikanern. Aber das hat alles sehr wenig mit der tatsächlich komplexen Realität zu tun. Die Geschichte des Wirtschaftswunders fällt natürlich auch unter diese Rubrik, in jeder Hinsicht. Die Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland waren einfach gut, in gewisser Weise sogar mehr als gut. Aber das Wirtschaftswunder Italiens oder Spaniens ist in vielerlei Hinsicht noch viel beeindruckender, denn Deutschland hatte ja bereits ein Wachstumsmodell, was man für Spanien in dieser Form nicht so einfach sagen kann. Realismus bedeutet auch, in einen abwägenden, offenen bzw. mental offenen Vergleich treten zu können. Und wenn man das tut, bestärkt das eigentlich nicht das Gefühl, in gewisser Weise vor einem einmaligen Wunder zu stehen.

Die zweite Frage wäre natürlich: Lässt sich eine bestimmte nationale Erfolgsgeschichte verallgemeinern? Und da liegt natürlich der wirkliche Gedankenfehler an

dem deutschen Modell: Es können nicht alle gleichzeitig Exportweltmeister sein; aus offensichtlichen Gründen geht das nicht. Zu einem Exportweltmeister gehört ein Weltimporteure. Zu einem Land, das spart, gehören andere Länder, die Kredite aufnehmen. Innerhalb einer Volkswirtschaft gehört zu einem Staat, der Überschüsse schreibt, ein Privatsektor oder ein Außensektor, der Kredite aufnimmt. Dies sind Zusammenhänge, die nicht richtig durchdacht werden bei diesen simplen Erfolgsstorys. Das eine ist also der sinnvolle Vergleich, das zweite ist der große Zusammenhang – und das dritte ist, glaube ich, die Aktualisierung. Taugen die Ansätze der deutschen Erfolgsstory für die Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen? Ist das noch zeitgemäß unter den aktuellen Bedingungen? Und das sind gefährliche Fragen, die man sich stellt. Denken wir zurück an die Zeit der späten 1990er und frühen 2000er Jahre. Deutschland stand für Reformstau, galt als der kranke Mann Europas. Man einigte sich darauf, eine drakonische, also wirklich radikale Arbeitsmarkt- und Sozialverfassungsreform durchzuführen. In dieser Form gab es das nirgendwo anders in der Welt, dazu noch so schlagartig. Wirklich von einem Tag auf den nächsten wurde das „Bismarck'sche Sozialversicherungsmodell“ gleichsam über Bord geworfen, um mit einem neuen Modell anzufangen. Eine hochproblematische Konsequenz des Ganzen: die Ungleichheitsdynamik in Deutschland. Und eines der wirklich interessanten Dinge an der neuen Regierung seit dem letzten Jahr ist die Verarbeitung dieser Geschichte innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem dort. Und dann folgte die Entscheidung, das ganze Modell noch einmal zu durchdenken, weil die vorherige Phase des Durchdenkens in eine Sackgasse geführt hatte oder zumindest vom legitimatorischen Standpunkt nicht mehr genügte. Etwas Neues musste her. Das heißt, für mich ist in diesem Sinne der wirkliche Erfolg gerade diese Lernfähigkeit, die man tatsächlich in der deutschen Demokratie beobachten kann. Man ist in Deutschland fähig zu einer fundamentalen Selbstkritik in einer Form, wie sie für die meisten Parteien, etwa in Großbritannien oder Amerika, wirklich sehr schwierig ist. Die Meta-Rolle ist also nach meiner Überzeugung entscheidend. Und ich hoffe, dass das in meiner Analyse am heutigen Abend deutlich geworden ist. Für das Hier und Jetzt heißt das: Wir manövrieren uns im Moment durch die sich herausbildenden Legenden um das, was in diesem Jahr geschehen ist, und versuchen uns Klarheit zu schaffen für ein Umdenken. Ganz offenkundig braucht Deutschland eine neue Energiepolitik. Das ist nicht der strittige Punkt. Aber der Ansatz muss sein, generisch anzusetzen und zu sagen: „Okay, was ist hier schiefgelaufen im Verhältnis zu anderen Schiefelagen, die wir in der ganzen Welt im Moment sehen?“

**MF:** Du sprichst Realismus an, und ein Umdenken. Und es ist erst einmal sehr ermutigend, dass du sagst: Deutschland ist in der Lage, umzudenken und auch zu handeln.

**AT:** Wenn ich heute Abend ein Kompliment machen würde, dann wäre es das.

**MF:** Du hast das Thema Energiepolitik angesprochen. Ein wichtiger Aspekt bei diesem Umdenken ist sicherlich auch die Beziehung zu China. Es war sicher ein großer Fehler, dass wir uns sehenden Auges in eine so große Abhängigkeit von Russland begeben haben, und damit weiter gemacht haben selbst nach Annexion der Krim. Und das Problem ist nicht, wie du ausgeführt hast, „Wandel durch Handel“ – also ganz im Sinne von Willy Brandt, dass man aktiv auf Gegner oder vermeintliche Gegner zugeht, um letztendlich gemeinsame Lösungen zu finden. Die viel größere asymmetrische Abhängigkeit für Deutschland, und für Europa, besteht gar nicht gegenüber Russland, sondern letztlich gegenüber China – nicht im Bereich Energie, aber bei vielen Rohstoffen, bei Seltenen Erden, im Bereich Handel. Wir sind viel abhängiger von China als umgekehrt – und da spielt dann eben auch dieses System Wettbewerb rein. Wie sollen wir in der Zukunft unsere Beziehung zu China gestalten? Wir leben in einer Welt, in der wir zunehmend eine Polarisierung zwischen den USA und China sehen. Den Kurs von Donald Trump hat Präsident Joe Biden letztlich fortgesetzt. Was sollen wir als Deutsche, als Europäer tun? Sollen wir den amerikanischen Weg mitgehen? Wie können wir diese asymmetrische Beziehung zu China auflösen? Diese Frage ist ja ein wichtiges Element in dem Umdenken, das du beschreibst.

**AT:** Ja, absolut. Wenn man sagt: „Wir haben uns in gewisser Weise in eine noch größere Abhängigkeit begeben, nämlich zu China“, dann muss ich das Wir hinterfragen. Ich meine: Die allermeisten Deutschen haben sich dazu überhaupt keine Gedanken gemacht. Darin liegt natürlich zum Teil auch das Fatale. Bestimmte Interessen haben in einer engen Weise ihr Eigeninteresse in der Fortsetzung dieser Verhältnisse gesehen, und die Politik hat stark konterkariert – die Politik, die eigentlich eine führende Rolle einnehmen sollte. Man muss den Grünen anrechnen, dass sie unter den Parteien die Kritischsten waren – auch in Bezug auf China. Und das ist ja auch interessant an der gegenwärtigen Lage: Aus amerikanischer Perspektive Anfang 2021 galten im Hinblick auf die Erwartungen an eine neue deutsche Regierung die Grünen als Lichtblick. Wenn man dann zurückdenkt an

die Konfrontationen zwischen Bundesaußenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Anfang der 2000 Jahre, dann ist das durchaus erstaunlich: Die Grünen werden begrüßt als Mitstreiter im liberalen Weltfeldzug oder gar Weltkreuzzug gegen China. Jetzt gibt es mal klares Wasser einzuschütten und mit den Chinesen ernsthaft über die existierenden Probleme zu reden. Was in Amerika geschieht, ist nach meiner Überzeugung viel problematischer, und darüber müssen sich die europäischen Entscheidungsträger auch im Klaren sein. Du betonst zu Recht, dass Joe Biden die Trumpsche Bewegung fortgesetzt hat. Aber das fängt ja nicht bei den Republikanern an. Die Wende gegenüber China ist ein authentisch-demokratisches Projekt, das nach dem misslungenen Obama-Besuch in China 2009 zu gären begann. Der neue Kurs wurde unter Hillary Clinton im State Department 2010/2012 ausgearbeitet, unter anderem von Kurt Campbell, der heute dort führender China-Experte in der Biden Administration ist. Das heißt: Das Ganze ist jetzt kein „alleiniger Irrweg“ der Republikaner. Bei der neuen China-Politik handelt es sich um einen der ganz wenigen Politikaspekte in den USA, in dem tatsächlich ein Konsens besteht, und zwar ein fester Konsens zwischen beiden großen Parteien. Gegenwärtig spielen auch noch bestimmte Interessen aus dem amerikanischen Machtgefüge eine untermauernde Rolle, vor allem im sicherheitstechnischen Bereich, vor allem im Pentagon. Denn der Afghankrieg, dann Irakkrieg, waren ja für das Pentagon am Ende Blamagen, und sie mussten daher „umsteigen“. Und man sieht ab 2014, wie der amerikanische Machtapparat umsteigt auf das neue Thema China. Das sind wirklich Strukturen, die schon in früheren Phasen der großen Weltpolitik zu beobachten waren. Man denkt zurück an die Untersuchungen von Historikern zum Rüstungswettlauf vor 1914. Ich meine nicht, dass hier eine starke Analogie besteht, aber das Machtgefüge verschiebt sich tatsächlich. Was wirklich interessant ist an der amerikanischen Situation, sind die Spannungen, die dadurch erzeugt werden zwischen den Interessengruppen in der Politik – das ist nicht anders als in Deutschland. Im Kongress kann man sich auf kaum etwas anderes als auf China einigen. Und diese Spannungen – im Machtapparat, innerhalb des Sicherheitsapparates, zur amerikanischen Unternehmerschaft, zum Kapital, die muss man wirklich einmal wahrnehmen von außen, denn das relativiert wiederum die Sicht auf Deutschland. Hier liegt also ein allgemeines Problem vor. Doch für die Europäer stellt sich tatsächlich die Frage, ob man auf diesen amerikanischen China-Zug aufspringen soll oder besser nicht, denn dieser Zug fährt nach seinen eigenen Regeln. Den Amerikanern geht es in Europa im Moment im Konflikt mit Russland, noch in Ostasien im

Konflikt mit China, um die Schaffung einer ausgefeilten, komplexen, kohärenten, regionalen Sicherheitsordnung. So etwas bekommen die USA ohnehin nicht mehr auf die Reihe. Nein, wir sehen einen bilateralen Kampf zwischen Amerika und Russland, und zwischen Amerika und China. Und der Kampf mit Russland ist dem Kampf gegen China untergeordnet; das ist ja auch der Grund dafür, warum das Pentagon so energisch eingestiegen ist: Weil sie jetzt die historische Gelegenheit sehen, Russland zu schwächen. Aber wie gesagt: Man sollte sich keine Illusionen darüber machen, dass auf der amerikanischen Seite irgendeine regionale Vision besteht. Das wissen wir, weil wir das nach 2014 ja schon einmal durchgespielt haben. Obama hat das „Ukraine-Problem“ an Merkel abgegeben. Das war ihm nur zu recht; die Sache war viel zu komplex im Kongress. Aber der Ukrainekonflikt war auch schon damals für die Europäer sehr giftig. Das Minsker Abkommen auszuhandeln war ein Himmelfahrtskommando. Und das Ganze wird noch viel schlimmer, viel komplexer, viel schwerwiegender. Man sollte sich in Europa keine Illusionen darüber machen, dass aus Amerika irgendwelche Lösungen kommen. Zu erwarten sind viel mehr Spannungen, in steigendem Maße.

**MF:** Kurzum sagst du also: Europa muss sich selbst überlegen, was es will. Du hast von der Deutschland AG gesprochen, von einem eigenen Modell. Ist dieses Modell in Zukunft noch tragfähig? Denn wenn man die großen Herausforderungen unserer Zeit anschaut, die geopolitischen, über die wir angesprochen haben, Klimaschutz, digitale Transformation, Demografie – alle diese großen Herausforderungen sind global. Welche Rolle für Europa siehst du? Dann hast du in der Lecture die Fiskalunion angesprochen. Wenn man dieses Thema anspricht, stehen den meisten Deutschen sicher erst einmal die Haare zu Berge. Und im deutschen Narrativ spricht man dann gerne von einer Transferunion, nach dem Motto: „Wir werden über den Tisch gezogen. Wir sind die Zahlmeister in Europa!“ Können wir in Zukunft überhaupt noch von einer Deutschland AG sprechen? Der vorherige Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat einmal gesagt: „Wir brauchen mehr nationale Champions.“ Ist es überhaupt noch realistisch, von solchen nationalen Champions zu sprechen, also Unternehmen? Müssen wir nicht vielmehr über europäische Champions sprechen? Welche künftige Rolle siehst du für Europa? Und was müssen wir tun, um eine starke Stimme zu haben?

**AT:** Ich sehe für die europäischen Nationalstaaten im Grunde keine andere Zukunft als auf dem Weltparkett. Das ist eine dieser tiefen Illusionen der Briten in

Hinblick auf den Brexit, dass es ein „Global Britain“ außerhalb Europas gäbe. Das ist doch offenkundig nicht der Fall. Man muss nur als Brite in letzter Zeit einmal versuchen, nach Indien zu reisen; das ist ein Desaster. Aber hinter dem Reden von einer europäischen strategischen Autonomie steht inzwischen mehr, denke ich. Das Problem bei all diesen Floskeln ist zu unterscheiden zwischen dem, was man ernst nehmen soll – und dem, was z. B. einfach nur eine Floskel aus Paris ist. Zur strategischen Autonomie von Europa: Ich glaube nicht mal, dass das wirklich eine Wahl ist, eine Entscheidung. Man wird entweder Autonomie haben oder nicht, und der einzige Weg dorthin wird über verschiedene Formen der europäischen Kooperation führen. Und wenn man auf dieser Ebene erfolgreich kooperiert, dann erreicht man schon gewisse Größenordnungen. Sicher vermag man damit nicht in wesentlicher Weise die Weltordnung zu bestimmen. Aber man kann mitsprechen – und man kann so in gewisser Weise eine Autonomie gewinnen.

Wir sehen das in der Geldpolitik. Ich meine, es war das Anliegen der Franzosen und Italiener mit dem Euro-Projekt, das Problem Währungsunion für sie zu neutralisieren – und damit hatten sie ja auch vollen Erfolg. Für sie ist das Problem Währungsunion gelöst. Beide Länder stehen aber mittlerweile in einer Staatsfinanzkrise. Sie sind also aus der Pfanne ins Feuer gehüpft. Das Gleiche gilt für die Industriepolitik, und Kanzler Scholz hat das in seiner Prag-Rede auch direkt angesprochen. Und das Gleiche sehen wir in der Sicherheitspolitik. Es ist mir schleierhaft, warum Europa im Moment über die Höhe seiner Verteidigungsausgaben diskutiert. Wir geben insgesamt mehr als 200 Milliarden Euro im Jahr dafür aus. Das ist locker das dritt- oder viertgrößte Verteidigungsbudget auf der ganzen Welt. Das reicht allemal, um eine globale Weltmacht zu sein, mit Flugzeugträgern, atomaren Waffen und allem Drum und Dran. Das bekommt man für 200 Milliarden, man muss es eben nur organisieren.

**MF:** Man sollte es eben nicht auf nationaler Ebene alleine machen, sondern gemeinsam.

**AT:** Genau. Man sollte sich überlegen, wie man sinnvollerweise Kapazitäten einbaut bzw. aufbaut, statt über bloße Geldmengen zu diskutieren. Dies ist ein reines Problem der politischen Organisation. Für einen Militärgeschichtler wie mich ist das wirklich erstaunlich zu sehen: Man fühlt sich zurückversetzt ins 18. Jahrhundert, wo viele deutsche Fürstentümer kleine Armeen unterhielten, die dann von Napoleon einfach weggefegt wurden. Im Moment haben wir es nicht mit

Napoleon zu tun, sondern mit Putin – und selbst das macht uns Angst. Ich meine, wir sehen hier wirklich ein historisches Unikum. Putin sollte vielmehr Angst vor uns haben, nicht umgekehrt. Wie wir in diese Lage geraten sind, ist einfach kaum zu verstehen. Einem Volkswirt fällt es sehr schwer, diesen Grad der Ineffizienz überhaupt nachzuvollziehen. Warum werden so hohe Verteidigungsausgaben überhaupt noch aufgebracht für ein solch mageres Ergebnis? Dabei ist die Lösung doch offenkundig: Es braucht mehr gemeinsame Politik, mehr europäische Einigung. Das ist schon seit 50 Jahren klar, seit den 1970er Jahren – seit den Zeiten von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Doch stattdessen haben wir nur einen oder zwei europäische Stränge weiterverfolgt: den gemeinsamen Markt und die Währungsunion. Allein diese zwei Stränge, und den Rest nicht. Und als Historiker weiß man nicht so richtig einzuschätzen: War es das jetzt? Oder kommt da noch was?

**MF:** Du hast schon viel zu Großbritannien und dem Brexit gesagt. Aber ich befürchte, dass wir nicht ganz unvorbelastet sind und dass auch in vielen anderen Ländern der Europäischen Union der Wunsch nach mehr Souveränität besteht. Die große Herausforderung liegt wohl darin zu begreifen, wie man Souveränität gewinnen kann. Denn dies erfordert nämlich erst einmal Souveränität zu teilen, und zwar auf europäischer Ebene. Hier liegt ein vermeintlicher Widerspruch, bzw. eine Schwierigkeit: Man muss etwas aufgeben, um etwas dafür zu bekommen. Auch ich frage mich: Was wird noch kommen? Werden wir einen neuen Integrationsschub bekommen? Ich glaube, gerade in solch großen Krisen bzw. Zeitenwenden, in Polykrisen, von der du sprichst, ist es wichtig, sich zugleich bewusst zu machen, was die eigenen Stärken sind – sich zu fragen: Was hat uns in der Vergangenheit erfolgreich gemacht, und was ist jetzt wichtig? Auf was können wir bauen? Sicher, dabei gibt es nationale und regionalen Eigenheiten und Unterschiede.

Mich würde noch mal interessieren, wie du Deutschland und Europa siehst. Was sind dort die Stärken, etwa mit Blick auf die Bewältigung der Pandemie? Das kann im ersten Fall sicher die Struktur der Wirtschaft sein – du hast die Hartz-Reformen angesprochen, Anfang der 2000er Jahre. Als Deutschland noch der „kranke Mann Europas“ war, hieß es: „Diese Deutschen mit ihren mittelständischen Familienunternehmen, das kann doch gar nicht funktionieren!“ Aber diese deutsche Unternehmensstruktur hat sich mittlerweile als großer Erfolg erwiesen. Die Rolle der Wissenschaft, die soziale Marktwirtschaft, das Thema Solidarität,

sozialer Frieden – mich würde deine Meinung dazu interessieren. Wie es aussieht, müssen wir uns ja wohl auf Krisen als das „New Normal“ einstellen. Wie sind wir für große Krisen aufgestellt? Was gibt dir Hoffnung? Siehst du einen Weg, den wir beschreiten können, um in der Zukunft resilienter zu sein?

**AT:** Das ist eine gute Frage zum Schluss. Ich nenne hier nur ein Schlagwort: Polen. Bei Deutschlands östlichem Nachbarn spielt diese ganze Souveränitätsfrage eine enorme Rolle. Polen ist ungemein stark politisch aufgewertet worden infolge der Ukraine-Krise. Das Land sieht sich ja als „Flugzeugträger Amerikas“ in Osteuropa. Wir müssen mit den Polen irgendwie zurande kommen und ihre Bedürfnisse berücksichtigen. Ganz im Sinne Willy Brandts müssen wir auf ein konstruktives Verhältnis setzen. Denn sollten wir das nicht schaffen, fällt es schwer, eine positive Zukunft für Europa zu sehen. Andererseits: In Polen, wie in ganz Osteuropa, beobachtet man seit den 1990er Jahren die herausragende Rolle, die die EU bei der Transition der ehemaligen kommunistischen Länder gespielt hat – auf ihrem Weg aus der staatlichen Planwirtschaft heraus in recht erfolgreiche, moderne Gesellschaften. Dies wurde ermöglicht durch massive Transferzahlungen aus Brüssel, die in ihrer Höhe und ihrem Ausmaß den Marshallplan übertroffen haben. Und diese Mittel fließen weiter, jedes Jahr. Hier sehe ich die große Stärke des europäischen Projektes. So etwas findet sich nirgendwo in der Welt. Das ist ein ernüchternder Punkt, aber er ist wichtig. Nirgendwo anders in der Welt gibt es ein vergleichbares Projekt eines Sozial- oder Wohlfahrtsstaates. Ich verbinde dieses Modell jetzt mit der Sozialdemokratie und nicht mit der sozialen Marktwirtschaft, von der wir nicht loskommen. Der Unterschied zwischen Ungleichheit vorbeugen und Ungleichheit nachsteuern, das du in deinen Forschungen so wunderbar belegt hast, ist in Europa einfach riesig. Und der Staat, der Sozialstaat, muss zwar laufend kräftig strampeln, um gegen den Strom der globalen Ungleichheit zu schwimmen, aber die Ergebnisse dieser Anstrengungen sind dramatisch. Und das spiegelt sich nicht nur in den Sozialstatistiken wider, sondern in der gesamten urbanen Struktur der Gesellschaft, im Erfolg der europäischen Städte – im Vergleich zu denen in Amerika. Wir sehen bis heute eine Erfolgsgeschichte in Bezug auf die Reguliertheit, die Komplexität, die Verfassung, im umfassendsten Sinne. Es geht um die Anstrengungen, den Bürgern ein angenehmes Leben, ein zivilisiertes Miteinander, zu sichern. Und das gelingt in Europa besser als sonst wo in der Welt. Dies ist eine Erfolgsgeschichte. Aber es ist keine Erfolgsgeschichte, von der man voraussetzen kann, dass sie sich ohne Weiteres ewig fortsetzt.

Es ist nicht das große Versprechen, dieses soziale Europa. Es erfüllt immer nur die Hoffnung weniger. Aber trotzdem hat Europa während der Pandemie-Krise 2020 etwas demonstriert, und zwar eine politische Entscheidung: Wir wollten nicht, dass Millionen Menschen unfreiwillig in die Arbeitslosigkeit fallen. Ich beziehe mich auf den deutschen Weg des Kurzarbeitergeldes, für das sich Olaf Scholz so stark gemacht hat. Vergleichen wir das einmal mit der Situation, die wir in Amerika beobachtet haben: 15 Prozent Arbeitslosigkeit; bis zu sechs Millionen Menschen haben im Herbst 2020 innerhalb einer Woche ihren Job verloren. Aber es bestand die Wahl, ob man das hinnehmen will oder nicht. Und in Europa hat man sich dagegen entschieden. Und das bedeutete den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, des Sozialstaates in riesigen Dimensionen als nächsten Schritt. Was da 2020 passiert ist, wurde noch gar nicht so richtig wahrgenommen, glaube ich. Ich sehe darin Schritte in Richtung einer Fortsetzung dieser, ich will nicht sagen Erfolgsgeschichte, doch zumindest in Richtung einer komplexen, sehr eigenen und vielversprechenden Story.

**MF:** Ich glaube, das war ein sehr schönes Schlusswort. Vielen Dank, Adam Tooze!



PUBLIKATIONSREIHEN DER BUNDES-  
KANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHE DER BUNDES-  
KANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1

**Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**  
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

**Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966**  
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-  
Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im  
Rathaus Schöneberg zu Berlin  
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

**Egon Bahr: Willy Brandts europäische  
Außenpolitik**  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4

**Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben  
für Freiheit und Sozialismus**  
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöne-  
berg zu Berlin  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5

**Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur  
Regierungserklärung Willy Brandts  
vom 28. Oktober 1969**  
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6

**Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und  
Polen**  
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7

**Perspektiven aus den Exiljahren**  
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8

**Timothy Garton Ash: Wächst zusammen,  
was zusammengehört?**  
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9

**Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivil-  
gesellschaft“**  
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10

**Remembering Willy Brandt – Egon Bahr,  
Henry Kissinger und die deutsch-amerika-  
nischen Beziehungen**  
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11

**Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**  
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12

**Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt –  
Anmerkungen zu einem Freund  
(dt.-griech.)**  
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13

**Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**  
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14

**Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demo-  
kratie wagen“ (1969) – „Mehr Freiheit  
wagen“ (2005). Orientierungen für eine  
Gesellschaft im Umbruch?**  
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15

**Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken  
zu Willy Brandt**  
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16

**Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**  
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17

**Die Erinnerung an Willy Brandt und ein  
Rückblick auf die gemeinsame Zeit.  
Gespräch zwischen Helmut Schmidt und  
Egon Bahr**  
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18

**Robert B. Zoellick: Deutschland und der  
„ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**  
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19

**Peter Merseburger: Willy Brandts Ost-  
politik und die deutsche Einheit**  
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20

**Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und  
Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand  
und Zukunft unserer Demokratie nach  
60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach  
der friedlichen Revolution**  
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21

**Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und  
Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?**  
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)  
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22

**Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine  
sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)**  
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23

**Wolfgang Huber: Verschieden und doch  
gleich. Integration und Menschenbild**  
(Willy Brandt Lecture 2010)  
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24

**Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ –  
Ursachen und Auswege**  
(Willy Brandt Lecture 2011)  
Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25

**Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ –  
die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht  
mit einer Einführung von Dirk Messner**  
Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

Heft 26

**Wolfgang Schmidt: Aus historischer  
Verantwortung, moralischer Verpflichtung  
und politischer Überzeugung. Wie sich  
Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und  
den Frieden im Nahen Osten bemühte**  
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

Heft 27

**Willy Brandt – Stimmen zum  
100. Geburtstag**  
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

Heft 28

**Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/ Andreas  
Wilkins (Hrsg.): Willy Brandt – un projet  
pour l'Allemagne**  
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29  
**„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“. Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt**  
 Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

Heft 30  
**Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten**  
 (Willy Brandt Lecture 2014)  
 Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

Heft 31  
**Fritz Stern: Freiheit und Exil – Heinrich Heines Welt und die Unsere**  
 (Willy Brandt Lecture 2015)  
 Berlin 2016, ISBN 978-3-933090-30-0

Heft 32  
**Federica Mogherini: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten**  
 (Willy Brandt Lecture 2016)  
 Berlin 2017, ISBN 978-3-933090-31-7

Heft 33  
**Frank-Walter Steinmeier**  
 (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018)  
 Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-32-4

Heft 34  
**Ulrich Schöler: Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution**  
 (Vortrag gehalten am 16. Januar 2019 im Forum Willy Brandt Berlin)  
 Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-33-1

Heft 35  
**Beatrice Fihn: Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime**  
 (Willy Brandt Lecture 2020)  
 Berlin 2021, ISBN 978-3-933090-34-8

Heft 36  
**Adam Tooze: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand**  
 (Willy Brandt Lecture 2022)  
 Berlin 2022, ISBN 978-3-933090-35-5

Die PDF-Dateien der Hefte können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter [willy-brandt.de](http://willy-brandt.de) heruntergeladen werden.

## WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von **Helga Grebing, Gregor Schöllgen** und **Heinrich August Winkler**

Band 1  
**Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940**, bearbeitet von **Einhart Lorenz**  
 Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2  
**Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947**, bearbeitet von **Einhart Lorenz**  
 Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3  
**Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966**, bearbeitet von **Siegfried Heimann**  
 Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4  
**Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972**, bearbeitet von **Daniela Münkler**  
 Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5  
**Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992**, bearbeitet von **Karsten Rudolph**  
 Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6  
**Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974**, bearbeitet von **Frank Fischer**  
 Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7  
**Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974**, bearbeitet von **Wolther von Kieseritzky**  
 Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8  
**Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale**, bearbeitet von **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**  
 Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9  
**Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982**, bearbeitet von **Frank Fischer**  
 Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10  
**Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992**, bearbeitet von **Uwe Mai**, **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**  
 Bonn 2009, ISBN 3-8012-0310-7

Die PDF-Dateien der zehn Bände können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter [www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de) heruntergeladen werden.

## WILLY BRANDT – STUDIEN UND DOKUMENTE

Band 1  
**Bernd Rother: Sozialdemokratie global – Willy Brandt und die Sozialistische Internationale in Lateinamerika**  
 Frankfurt/Main 2022, ISBN 978-3-5935-1501-44

Band 2  
**Scott Krause: Vorposten der Freiheit. Remigranten an der Macht im geteilten Berlin (1940–1972)**  
 Frankfurt/Main 2022, ISBN 978-3-5935-1514-4

Band 3  
**Bernd Rother: „Willy Brandt muss Kanzler bleiben!“ Die Proteste gegen das Misstrauensvotum 1972**  
 Frankfurt/Main 2022, ISBN 978-3-5935-1515-1

Erscheint im April 2023:  
**Einhart Lorenz: „Willy Brandt – Nach dem Sieg“ (1943). Die Diskussion über Kriegs- und Friedensziele**  
 Frankfurt/Main 2023, ISBN 9-7835-9351-652-3

## WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1  
**Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**  
 Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2  
**Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)**  
 Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3  
**Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**  
 Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4  
**Friedhelm Boll/ Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**  
 Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5  
**Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse**  
 Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

## WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1  
**Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**, bearbeitet von **Einhart Lorenz**  
 Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2  
**Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte**, herausgegeben und eingeleitet von **Klaus Schönhoven**  
 Bonn 2012, ISBN 978-3-8012-0426-6

Band 3  
**Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992)**, herausgegeben und eingeleitet von **Meik Woyke**  
 Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

Band 4  
**Willy Brandt: Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa**, herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von **Einhart Lorenz**  
 Bonn 2018, ISBN 978-3-8012-0535-5

## ONLINE-PUBLIKATIONEN

**Willy-Brandt-Online-Biografie.** Ein gemeinsames Projekt der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung  
[www.willy-brandt-biografie.de](http://www.willy-brandt-biografie.de)

**Willy-Brandt-Personalbibliografie online** – Internet-Datenbank basierend auf der Personalbibliografie der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ergänzt um ein Register der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.  
<http://library.fes.de/cgi-bin/populo/brandt.pl>

Darüber hinaus wird auf die weiteren Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter [www.willy-brandt.de](http://www.willy-brandt.de) verwiesen.

## **BILDNACHWEIS**

Alle Fotos: © Jens Jeske/Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

### **Tooze, Adam: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand**

(Willy Brandt Lecture 2022)

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2022

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 36)

**ISBN 978-3-933090-35-5**

**„An einer gemeinsamen europäischen  
Schuldenregelung führt kein Weg vorbei.  
An diesem Punkt wird sich zeigen, ob  
Berlin das Donnern der Weltgeschichte  
tatsächlich vernommen hat oder nicht.“**

**Adam Tooze**